

Inklusiv gestaltete Berufsausbildung: Reformvorschläge im Spiegel von ExpertInnenmeinungen

4. Sozialkonferenz Region
Braunschweig am 12. Juni 2015

1. Überblick

1. „Inklusive Bildung“ – ein schillernder Begriff
2. Zwei Argumente für das weite Verständnis *inklusive Berufsausbildung* der UNESCO
3. Reformvorschläge zur inklusiven Gestaltung der Berufsausbildung im Verständnis der UNESCO
4. ExpertInnenmeinungen zur Umsetzbarkeit inklusiv gestalteter Berufsausbildung

1. „Inklusive Bildung“ – ein schillernder Begriff

Bildungspolitik in Deutschland



Teilhaberecht von **Menschen mit Behinderungen** in allen gesellschaftlichen Bereichen
(UN-Behindertenrechtskonvention)

Inklusionsverständnis der UNESCO



Beseitigung **aller möglichen Behinderungen** an Bildungsteilhaberecht
Ziel: gerechtere Gesellschaft



Behinderung als soziale Kategorie und relationaler Begriff



Ursachen für Behinderungen an Bildungsteilhaberecht werden institutionell im Bildungssystem verortet



Inklusive Gestaltung des Bildungssystems

2. Zwei Argumente für ein weites Verständnis *inklusive Berufsausbildung* der UNESCO

1. Argument: *Behinderung* als soziales Konstrukt und relationaler Begriff

- ✓ verschiedene Behinderungsbegriffe im SGB III und SGB IX
- ✓ in allgemeinbildenden Schulen: *Behinderung* verstanden als sonderpädagogischer Förderbedarf nach der KMK
- ✓ bundesweit nach Statistiken der Bundesländer von allen Schüler/innen 2012/13: 6,6 % mit einem anerkannten sonderpädagogischen Förderbedarf – davon knapp 40 % im Förderschwerpunkt Lernen (KMK 2014)
- ✓ Erhöhung der Quote zwischen 2005 und 2011 von 5,7% auf 6,6 %
- ✓ erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern, z. B.
 - *Mecklenburg-Vorpommern: 10,1 % Schüler/innen mit sonderp. Förderb.
 - *Sachsen-Anhalt: 9,4 % Schüler/innen mit sonderpäd. Förderbedarf
 - *Nordrhein-Westfalen: 6,8 % Schüler/innen mit sonderpäd. Förderbedarf
 - *Niedersachsen: 5 % Schüler/innen mit sonderpäd. Förderbedarf

2. Zwei Argumente für ein weites Verständnis *inklusive Berufsausbildung* der UNESCO

2. Argument: nicht nur Jugendliche mit Behinderungen werden an der Teilhabe an einer Berufsausbildung gehindert!

- ✓ rund 50.000 Jugendliche mit sonderpäd. Förderbedarf verlassen jährlich allgemeinbildende Schulen
- ✓ aber im Berichtsjahr 2014 insgesamt rund 288.000 ausbildungsinteressierte Jugendliche ohne einen betrieblichen Ausbildungsplatz (EQI: knapp 65 %) (Berufsbildungsbericht 2015, S. 19)
- ✓ 2014: eine viertel Million Neuzugänge in teilqualifizierenden Maßnahmen im Übergangsbereich Schule – Beruf
- ✓ grundlegender institutioneller Widerspruch in der dualen Berufsausbildung
einerseits „Ausbildung für alle“ – Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus 1980
andererseits Betonung der Freiwilligkeit der Wirtschaft
- ✓ Korporatistische Steuerung der dualen Berufsausbildung von Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften:
als bester Garant der Fachkräftesicherung
und zur Ausbildungskostensparnis des Staates

3. Reformvorschläge zur inklusiven Gestaltung der Berufsausbildung im Verständnis der UNESCO

- (1) Kernaussage der UNESCO:
Behinderungen an Bildungsteilhabe und Lernschwierigkeiten resultieren aus den Strukturen des Bildungssystems und sind nicht den einzelnen Menschen und ihren Fähigkeiten zuzuschreiben!
- ✓ Gewährung, Umsetzung und Sicherstellung einer Ausbildungsplatzgarantie für alle Ausbildungsinteressierten mittels gleichberechtigter Pluralisierung der Lernorte (Solga 2009)
 - ✓ kommunales Bildungsmonitoring und Übergangsmanagement
 - ✓ Anrechnungsverpflichtung für die Betriebe von bereits an anderen Lernorten erzielten Qualifikationen der Jugendlichen

3. Reformvorschläge zur inklusiven Gestaltung der Berufsausbildung im Verständnis der UNESCO

- (2) Kernaussage der UNESCO:
Anerkennung und Wertschätzung der ‚bunten Vielfalt‘ der Menschen in ihrer Einzigartigkeit und Besonderheit, statt Vorstellungen standardisierter Förderung in homogenisierten Lerngruppen!
- ✓ Schaffung individualisierter Ausbildungsarrangements – z. B. abH, assistierte Berufsausbildung, Teilzeitberufsausbildung, Bildungswegbegleitung, Verlängerung der Ausbildungszeit auf maximal fünf Jahre

3. Reformvorschläge zur inklusiven Gestaltung der Berufsausbildung im Verständnis der UNESCO

(3) Kernaussage der UNESCO:

Infragestellung binärer Zuordnungen und Kategorisierungen von Menschen in jene mit und ohne „Behinderung“, „Förderbedarf“ oder „Ausbildungsreife“ – soziale Konstrukte mit erheblichen Etikettierungsrisiken!

- ✓ keine Prüfung der „Ausbildungsreife“ durch die Arbeitsverwaltung,
- ✓ unmittelbar nach Verlassen der Schule Beginn einer betrieblichen, schulischen oder außerbetrieblichen Berufsausbildung - Ausbildungsplatzgarantie

3. Reformvorschläge zur inklusiven Gestaltung der Berufsausbildung im Verständnis der UNESCO

(4) Kernaussage der UNESCO:

keine Beschulung oder Förderung in Sondermaßnahmen oder Sonderschulen jedweder Art, sondern gemeinsames Lernen!

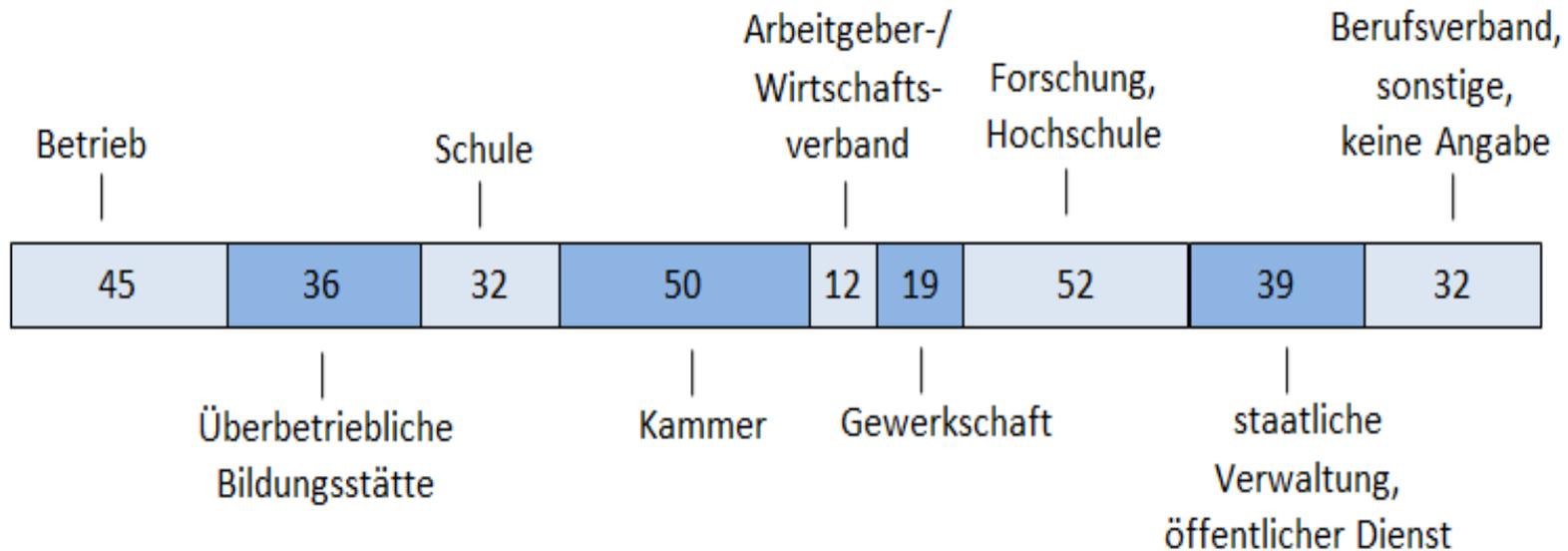
- ✓ Konzentration des Übergangsbereichs auf den Erwerb höherer Schulabschlüsse,
- ✓ attraktive Anreize für Ausbildungsbetriebe, z. B. durch externes Ausbildungsmanagement, Ausbildungsverbünde oder kooperative Ausbildungsformen

3. Reformvorschläge zur inklusiven Gestaltung der Berufsausbildung im Verständnis der UNESCO

- (5) Kernaussage der UNESCO:
Partizipation, verstanden als aktive Teilnahme und Mitbestimmung der Lernenden!
- ✓ Auszubildendenvertretungen in Berufsbildungsausschüssen und sonstigen relevanten Gremien: „Jugendliche sind Experten/innen ihrer selbst!“
„Sprich nicht über mich, sondern sprich mit mir!“
- (6) Kernaussage der UNESCO:
Sicherung und Förderung der pädagogischen Qualität an allen beteiligten Lernorten!
- ✓ Förderung der Qualifikationen und Arbeitsbedingungen der an der Berufsausbildung beteiligten Fachkräfte

4. ExpertInnenmeinungen zur Umsetzbarkeit inklusiv gestalteter Berufsausbildung

Herkunft der 317 Teilnehmer/innen des BIBB-Expertenmonitors 2013



Quelle: BIBB-Expertenmonitor 2013

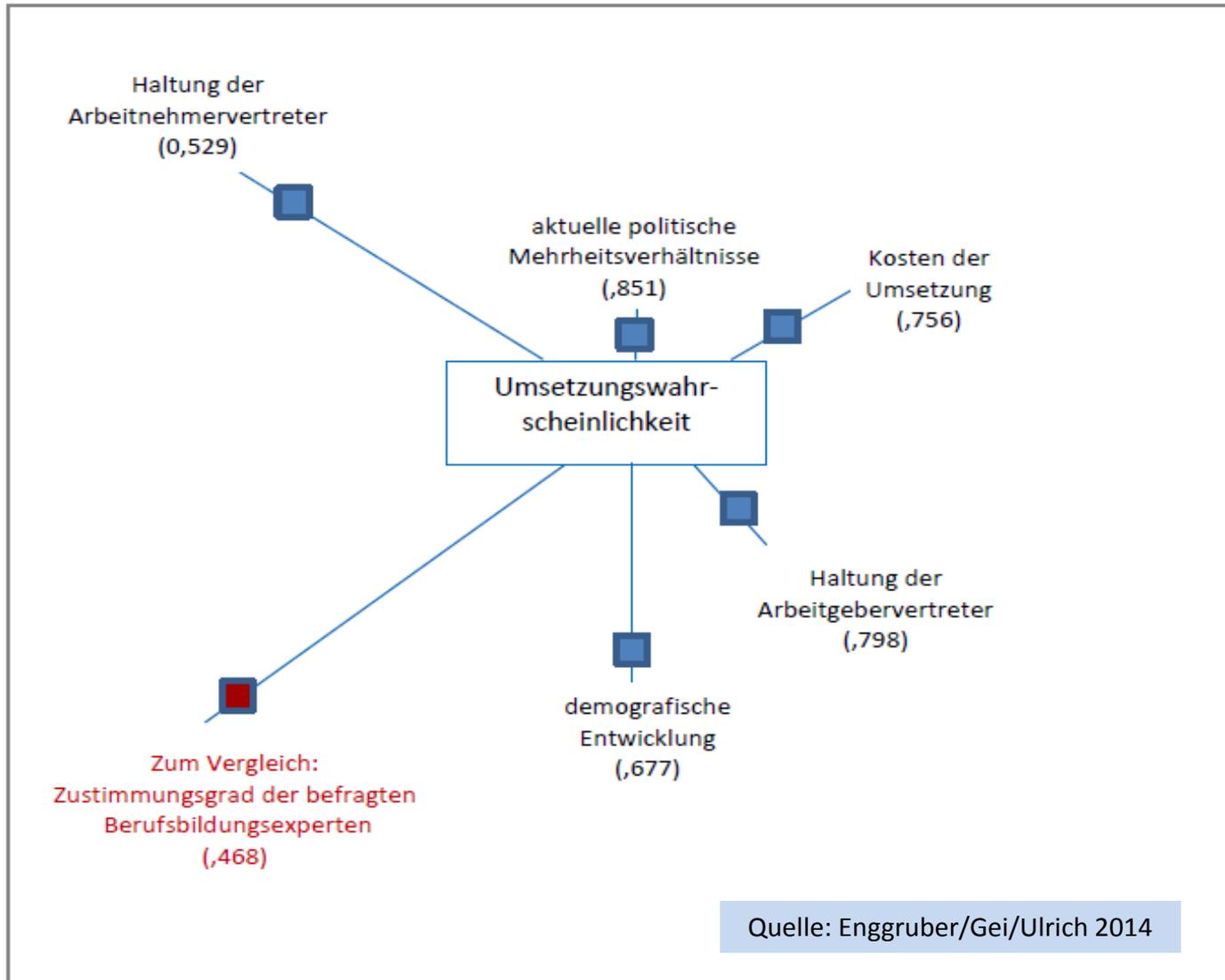
4. ExpertInnenmeinungen zur Umsetzbarkeit inklusiv gestalteter Berufsausbildung

	Experten insgesamt	darunter mit Herkunft:								
		Betrieb	ÜBS	Schule	Kammer	Arbeitgeber-/Wirtschaftsverband	Gewerkschaft	Forschung, Hochschule	staatl. Verwaltung, öffentl. Dienst	Berufsverband, sonstiges, keine Angabe
Themenkreis 1: Grundlegende institutionelle Weiterentwicklungen der dualen Berufsausbildung <ul style="list-style-type: none"> ■ Wer nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule keinen betrieblichen Ausbildungsplatz findet, erhält auf jeden Fall einen entsprechenden schulischen oder außerbetrieblichen Ausbildungsplatz. ■ Durch rechtliche Vorgaben werden die Betriebe dazu verpflichtet, die von Jugendlichen in einem vorherigen Ausbildungsgang erzielten Qualifikationen zeitlich auf die Berufsausbildung anzurechnen, sofern sie fachadäquat sind. ■ Auch schulischen und außerbetrieblichen Trägern wird die Möglichkeit eingeräumt, Ausbildungsplätze anzubieten und mit Jugendlichen Ausbildungsverträge abzuschließen. Dafür werden entsprechende öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt. 	63	62	78	84	36	33	63	61	69	72
	56	50	61	66	18	25	74	65	79	69
	43	51	69	44	12	33	22	51	46	45

4. ExpertInnenmeinungen zur Umsetzbarkeit inklusiv gestalteter Berufsausbildung

	Experten insgesamt	darunter mit Herkunft:								
		Betrieb	ÜBS	Schule	Kammer	Arbeitgeber-/Wirtschaftsverband	Gewerkschaft	Forschung, Hochschule	staatl. Verwaltung, öffentl. Dienst	Berufsverband, sonstiges, keine Angabe
<p>Fortsetzung des Themenkreises 1: Grundlegende institutionelle Weiterentwicklungen der dualen Berufsausbildung</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Auf allen für die Berufsausbildung relevanten Ebenen werden Auszubildende an den Planungs- und Abstimmungsprozessen beteiligt, um ihre Sichtweisen und ihre Expertise in eigener Sache einbringen zu können. Dazu sind in den relevanten Gremien (z. B. Berufsbildungsausschüsse) entsprechende Strukturen zu schaffen. ■ Um allen Jugendlichen eine auf ihre individuellen Voraussetzungen abgestimmte vollqualifizierende Ausbildung zu ermöglichen, werden auch flexible Konzepte umgesetzt, die sowohl eine Unterbrechung als auch eine Verlängerung der Ausbildung auf bis zu fünf Jahre zulassen. 	51	44	64	56	14	27	74	62	56	68
	56	48	67	56	28	33	79	77	62	56

4. ExpertInnenmeinungen zur Umsetzbarkeit inklusiv gestalteter Berufsausbildung



Die vermutete Umsetzungswahrscheinlichkeit der Reformvorschläge und die sie beeinflussenden Faktoren - Ergebnisse aus dem BIBB-Expertenmonitor

Erläuterung: Je näher die Markierung einer Einflussgröße (z.B. politische Mehrheitsverhältnisse) an die Umsetzungswahrscheinlichkeit der Reformvorschläge heranreicht, desto größer ist die Korrespondenz.

Literatur

- AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG: Bildung in Deutschland 2014. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderungen. Bielefeld 2014
- BAETHGE, Martin: Das berufliche Bildungswesen in Deutschland am Beginn des 21. Jahrhunderts. In: CORTINA, KAI S. u.a. (Hrsg.): Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Reinbek bei Hamburg 2008, S. 541-597
- BMAS: BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES (Hrsg.): Unser Weg in eine inklusive Gesellschaft. Der Nationale Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Berlin 2011
- DANNENBECK, Clemens: Inklusion – reflexiv- ein Immunisierungsversuch gegen politische Umarmungsstrategien. In: Seitz, Simone u. a. (Hrsg.): Inklusiv gleich gerecht? Inklusion und Bildungsgerechtigkeit. Bad Heilbrunn 2012, S. 107-114
- DEUTSCHE UNESCO-KOMMISSION: Inklusion: Leitlinien für die Bildungspolitik. 3. erw. Aufl. Bonn 2014
- EBERHARD, Verena; ULRICH, Joachim Gerd: Übergänge zwischen Schule und Berufsausbildung. In: BOSCH, Gerhard; KRONE, Sirikit; LANGER, Dirk (Hrsg.): Das Berufsbildungssystem in Deutschland. Wiesbaden 2010, S. 133-164
- ENGRUBER, Ruth u.a.: Inklusive Berufsausbildung. Ergebnisse aus dem BIBB-Expertenmonitor 2013. Bonn 2014
- ENGRUBER, Ruth; GEI, Julia; ULRICH, Joachim Gerd: Zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Reformaussichten zugunsten einer stärkeren Ausbildungsbeteiligung Jugendlicher aus Sicht von Berufsbildungsfachleuten. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 43 (2014) 4, S. 40-43
- Enggruber, Ruth; Ulrich, Joachim Gerd : Was bedeutet „inklusive Berufsausbildung“? Ergebnisse einer Befragung von Berufsbildungsexperten: In: Arbeitsgemeinschaft Berufsbildungsforschungsnetzwerk (AG BFN) (Hrsg.): Inklusion in der Berufsbildung - Entwicklung und Evaluation von Förderkonzepten zur beruflichen Integration von Menschen mit Behinderungen, Bielefeld 2015 (i. E.)
- ESSER, Hartmut: Soziologie. Spezielle Grundlagen: Die Konstruktion der Gesellschaft. Frankfurt a.M. 2000
- GRANATO, Mona; ULRICH, Joachim Gerd: Die Reformierbarkeit des Zugangs in duale Berufsausbildung im Spannungsfeld institutioneller Widersprüche. In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 39 (2013) 2, S. 315-339
- MATTES, Stephanie; ULRICH, Joachim Gerd: Warum gibt es wieder mehr erfolglose Ausbildungsplatznachfrager? In: WSI-Mitteilungen, 65 (2015) 2, S. 108-115
- POWELL, Justin J.: Von schulischer Exklusion zur Inklusion? Eine neo-institutionalistische Analyse sonderpädagogischer Fördersysteme in Deutschland und den USA. In: KOCH, Sascha; SCHEMMANN, Michael (Hrsg.): Neo-Institutionalismus in der Erziehungswissenschaft. Wiesbaden 2009, S. 313-322
- SOLGA, Heike: Wissensgesellschaft. Paradigmenwechsel in der beruflichen Bildung. In: HEIDEMANN, Winfried; KUHNHENNE, Michaela (Hrsg.): Zukunft der Berufsausbildung. Düsseldorf 2009, S. 21-37
- TENORTH, Heinz-Elmar: Inklusion im Spannungsfeld von Universalisierung und Individualisierung – Bemerkungen zu einem pädagogischen Dilemma. Vortrag an der Universität Würzburg am 13. Oktober 2011. Würzburg 2011
- TENORTH, Heinz-Elmar: Inklusion - Prämissen und Problemzonen eines kontroversen Themas. In: BAUMERT, JÜRGEN (Hrsg.): Inklusion. Schulmanagement-Handbuch 146 München 2013, S. 6-14